III. JAHRGANG

JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

REDAKTION UND VERLAG:
OSCAR GRÜN

JEWISH PRESS
NEWS ASSOCIATION

Erscheint 1—2 mal wöchentlich
Jahresabonnement Fr. 12.—, halbj. Fr. 6.—, viertelj. Fr. 3.50



ZÜRICH, SCHWEIZERGASSE 10
TEL.: SELNAU 32 51

BUREAU CENTRAL
DE LA PRESSE JUIVE

Postcheck-Konto VIII 5166
Telegramm-Adresse: „PRESSCENTRA ZÜRICH"

Abonnements nehmen sämtliche Postanstalten des In- und Auslandes entgegen.

Nummer 76 | 23. Januar 1920 | ג׳ שבט תר״ף | Preis 30 Cts.

Abdruck nur gegen Quellenangabe - Belegexemplare erbeten

Die Misrachi-Weltkonferenz in Amsterdam.

Nachdem die Misrachi-Weltkonferenz Dienstag den 13. Januar mit einer Begrüssung seitens der Vertreter der Amsterdamer Jüd. Gemeinde und der Rabbiner Hollands eröffnet wurde, begannen am Mittwoch Vormittag in Anwesenheit von 38 Delegierten, die *Amerika*, *Belgien*, *England*, *Frankreich*, *Deutschland*, *Palästina*, *Polen*, *Schweiz* (A. J. Rom) und *Südafrika* vertreten, die ordentlichen Sitzungen. (Ein dringendes Telegramm unseres Sonderberichterstatters ist, obwohl noch Mittwoch 7.30 Uhr aufgegeben erst Freitag Mittag bei uns eingetroffen, weshalb der Bericht über den ersten Sitzungstag nicht mehr in unserer vorigen Nummer erscheinen konnte. Auch diese Woche scheinen die Verkehrsverhältnisse mit Holland gestört zu sein, da wir bisher nur einen einzigen Bericht, dessen Wiedergabe folgt, erhalten haben.) Unser Bericht lautet:

Nach Eröffnung durch Hermann *Struck* werden einstimmig Oberrabbiner *Landau* (Zabrze) und Chachambaschi *Usiel* (Jaffa) als Ehrenpräsidenten und Rabbi *Meier Berlin* (Amerika) zum ersten Vorsitzenden gewählt. Beisitzer sind: Hermann *Struck*, Dr. *Schönfeld* (London) und Rabbiner *De Vries* (Haarlem). Als Sekretäre fungieren Privatdozent Dr. *Fränkel* und Rabbiner *Brod* (Lipno) für Hebräisch. Rabbiner *Berlin* betont bei Uebernahme des Präsidiums den Zweck der Konferenz, eine starke Organisationszentrale, die bisher gefehlt habe, zu schaffen. Rabbi *Usiel* als Ehrenvorsitzender übermittelt sodann die Grüsse der organisierten palästinensischen Rabbiner, sowie des Jaffaer Rabbinats.

Das Referat über Palästina erstattete Rabbiner *Fischmann.* Die Position der Juden sei stark, nicht nur infolge der Balfourerklärung, sondern durch ihre Leistungsfähigkeit. Es gehe dies deutlich aus der Tatsache hervor, dass die Araber Schulen mit hebräischer Unterrichtssprache gegründet haben. Die ökonomische Lage sei verhältnismässig stabilisiert und alles sei erhältlich, wenn auch teuer. Starke Beeinträchtigungen der bevorstehenden Immigration dürfte die grosse Wohnungsnot verursachen. In kultureller Hinsicht seien leider seit den Kriegsjahren keine Fortschritte zu verzeichnen. Die Türken versuchten längere Zeit, jeden jüd. Unterricht zu verunmöglichen. Jedoch habe sich die Lage auch während der englischen Okkupation nicht derart gebessert wie es Redner gewünscht hätte. Die orthodoxen Lehranstalten sind im Niedergange begriffen. In Jerusalem gibt es 6400 Kinder, welche Unterricht empfangen; 4000 von ihnen besuchen nicht-religiöse Schulen. Nicht am wenigsten sei daran die Orthodoxie selber schuld. Die Lage des Misrachi sei befriedigend, und er übe grossen Einfluss auf die palästinensische Orthodoxie aus. In Jerusalem zähle der Misrachi mehr als 1000 organisierte Anhänger. Die Tachkemoni-Schule ist die grösste Unterrichtsanstalt in Palästina, die etwa 500 Schüler zählt. Im Ganzen unterstehen dem Misrachi 13 Schulen. Tiberias und Petach-Tikwah seien fast ganz misrachistisch. Die Agudas Jisroel habe bisher in Jerusalem noch nicht recht Fuss fassen können, obwohl der Misrachi sich bisher viel zu wenig um Jerusalem gekümmert hat. In erster Linie sei ein Lehrerseminar notwendig, das voraussichtlich mit Hilfe Amerikas zustande kommen werde. Der palästinensischen Misrachiarbeit stelle sich die Indolenz vieler führenden Persönlichkeiten hindernd in den Weg. Im Waad Hasmani befindet sich nur ein orthodoxes Mitglied, sodass die Orthodoxie sich an dessen Gründung nicht beteiligen wollte. Demzufolge trägt diese Behörde der Orthodoxie, wie auch dem Misrachi nicht genügend Rechnung. Die Aussichten für den palästinensischen Misrachi sind günstig, er bedarf jedoch der Unterstützung der Misrachisten der ganzen Welt.

In geheimer Sitzung erstattet Rabb. *Schönfeld* (London) einen Bericht über die politische Lage. Nach ihm erhält Dr. *Hantke*, der als Vertreter des E. A. C. soeben eingetroffen war, zu einer Begrüssung das Wort. Die Zeit des farblosen, nach den verschiedenen Lebensanschauungen sich nicht differenzierenden Zionismus, sei vorüber. Jede Privatperson werde künftig vor die Wahl gestellt sein, einer bestimmten internpolitischen Richtung sich anzuschliessen. Bei der Herauskristallisierung der verschiedenen Strömungen werde sicherlich auch der Misrachi, dessen Tendenzen an die besten Traditionen des jüd. Volkes appellieren, seinen Einfluß nicht verfehlen.

Sodann wird von den einzelnen Berichterstattern die Lage des Misrachi in den verschiedenen Ländern besprochen. Namens der Deutschen Landsmannschaft referiert Hermann *Struck.* Rabbi *Meier Berlin*, berichtet, daß der amerikanische Misrachi, dank der starken prinzipiellen Propaganda, bereits jetzt auf 30—35 Tausend Mitglieder hinweisen könne. Er habe auch beim amerikanisch-jüd. Kongreß eine grosse Rolle gespielt und sei die einzige gesetzestreue Organisation von Bedeutung in Amerika. In Amerika pflege die Mehrheit zu regieren, ohne der jeweiligen Minderheit ihre entsprechende Stelle einzuräumen. So wurde von der zion. Organisation auch kein einziger Misrachist nach Palästina entsandt und auch die Ernennung eines Misrachisten zum Mitglied der Zion. Kommission in Palästina wurde verweigert, obwohl Weizmann sich in Amerika wiederholt dafür eingesetzt hat. Das Verhältnis zum rechten Flügel der Orthodoxie wurde von der Ueberzeugung mitbestimmt, daß dessen Gegnerschaft nicht auf bösen Willen, sondern auf Mißverstehen zurückzuführen sei. Es sei auch schließlich gelungen, den überaus bedeutenden Rabbinerverband in Amerika zum Anschluß an den Misrachi zu veranlassen. Der Misrachi inaugurierte auch eine großzügige Kampagne für eine 5tägige Arbeitswoche zwecks Wahrung der Sabbathruhe. Ein Lehrerseminar, das auf national-religiöser Grundlage steht und in welchem der Unterricht in Hebräisch stattfindet, ist dem Misrachi unterstellt.

Des Weiteren berichten Rabbiner *De Vries* über den holländischen, Rabbiner *Dimson* über den englischen, *Moed* über den belgischen und Osias *Grossvogel* (Straßburg) über den französischen Misrachi.

Die jüdischen Gemeinden in der Ukraine.

Angesichts der Wiederbesetzung Südostrusslands durch die Bolschewiki, legte der Pariser *M.*-Korrespondent der „Jüdischen Presszentrale Zürich" Herrn *Moses Duchan*, der als Delegierter der südrussischen jüd. Gemeinden sich gegenwärtig in Paris aufhält und die schweren Tage des letzten Winters dort selbst miterlebt hat (s. „J. P. Z." Nr. 67) die Frage vor, welches nunmehr das Schicksal der jüd. Gemeinden unter den Bolschewiki sein dürfte.

„Statt Ihnen Schlussfolgerungen aus meinen Erlebnissen bei der ersten Besetzung dieser Gebiete durch die Bolschewiki vorzulegen, halte ich es für richtiger, Ihnen das Bild vorzuführen, das sich ergab, als der Sovietgedanke mit den jüdischen Gemeindeorganisationen in Südrussland zusammentraf.

Um die Zeit des Brester Friedens konstituierte sich, wie bekannt, die Ukraine mit dem Direktorium *Winiczenko*. Am 9. Januar 1918 erhielten die Juden der Ukraine in einem mageren Gesetze, das der Entwicklung grossen Spielraum liess, eine breite Autonomie. In hastigen Kämpfen, bei welchen die linksstehenden jüd. Parteien mit grosser Leidenschaftlichkeit auftraten, setzten wir es durch, dass die jüd. Volksgemeinden ihre Repräsentanz nach dem sechsfach qualifizierten Wahlrechte bilden: allgemein, direkt, gleich, geheim, beide Geschlechter, Proporz. Die Parteien, die diese Kampfparole der „demokratischen Kehilla" durchsetzten, waren bekanntlich: Vereinigte Sozialisten, Poale Zion, Bund, Zionisten, Zeire Zion, Achdus (Orthodoxe), Volkspartei (Dubnow). Durch die vereinigte Arbeit dieser Parteien gelang es, an Stelle der alten sterilen Gaboim-Wirtschaft, ein frisch pulsierendes Leben in den demokratisierten Organismus zu bringen. In den meisten Gemeinden hatten die Vereinigungen der Zionisten und Zeire Zion die Majorität.

Die neue demokratische Kehilla bewährte sich. Sie brachte überall die Schulen und Hospitäler in Ordnung, schuf genossenschaftliche Verbände, richtete Arbeitsvermittlungen und andere soziale Einrichtungen ein, regelte ihre Einnahmen durch die Gräbertaxe und durch Auflegen einer Einkommensteuer, die zum grössten Teil freiwillig gezahlt, in seltenen Fällen dadurch erzwungen wurde, dass die Zahlungspflichtigen von allen Wohlfahrtseinrichtungen der Gemeinde ausgeschlossen waren, wenn sie nicht zahlten. Für Schule und Spital leisteten auch die Gemeinden Beiträge. Das National-Sekretariat in Kiew, als Repräsentanz der ganzen ukrainischen Judenheit aus demokratischen Wahlen hervorgegangen, bildete das organisatorische und politische Zentrum dieses neuen Gebildes. Als die Bolschewiki im Winter 1919 Südrussland besetzten, wurde diese Entwicklung vorerst nicht gestört. Die vereinigten Sozialisten und der Bund, früher enragierte Gegner der Bolschewiki, spalteten sich aber bald in Gruppen, die teils zur zweiten und teils zur dritten Internationale hielten. Die bolschewistischen Gruppen lehnten nunmehr die Gemeinde auf Grund des Wahlrechtes ab, um das sie früher so hingebungsvoll gekämpft hatten. Sie forderten statt der jüd. Gemeinde die Diktatur der jüd. Arbeiter, Soldaten und Bauern und veranlassten ihre Vertreter aus der Gemeindeverwaltung auszutreten. Damit fing der Kampf gegen die Kehilla und das nationale Sekretariat an.

Waren die bolschewistisch orientierten Gruppen aus dem Gemeindevorstande ausgetreten, so bekam die Gemeindeverwaltung mit einem Male in den Augen der bolschewistischen Oeffentlichkeit einen „bourgeoisen" Charakter, sie verlor einen Teil der Autorität, die sie in den früheren Kämpfen um ihre Organisation erlangt hatte; die Steuern flossen schwächer ein, weil die demokratischen Stadtverwaltungen aufgelöst waren. Die Parteien, die in der Gemeindeverwaltung geblieben waren, begannen einen schweren Kampf um die Erhaltung ihrer Institutionen. Nun verlangten die bolschewistisch orientierten jüd. Sozialisten die Bildung jüd. Soviets. Die Sovietregierung lehnte das aber ab, jüd. Soviets wären Separatismus. Wir gehen mit Euch, sagten sie nun, um die jüd. Gemeinden zu vernichten, aber neue jüd. Organisationen wollen wir nicht schaffen. Die Kehilloth wurden geschlossen. Man setzte aus der Kehilla und dem allgemeinen Soviet Liquidierungskommissionen zusammen, welche die Institutionen der Kehilla zum Teil auflösen, zum Teil in die Verwaltung des allgemeinen Soviet überleiten sollten. Die jüd. Oeffentlichkeit verurteilte die Haltung derjenigen Sozialisten, die die Gemeinde zerstörten und hielt an ihren Einrichtungen fest. Diese Liquidierungskommissionen arbeiteten langsam bis im Frühling 1920 Denikin gegen Norden vorrückte."

„Glauben Sie, dass die Pogrome in diesem Gebiete fortdauern werden?"

„Ich hoffe, dass die Pogrome sich nicht wiederholen werden. Wir wollen uns zwar nicht täuschen, dass gewisse Truppen der roten Armee von demselben blutigen Antisemitismus erfüllt sind, wie die Denikinschen Soldaten. Speziell die Vortruppen, die ich im vorigen Winter sah, waren geneigt, Juden auszurauben. Man muss aber anerkennen, dass die militärischen Kommissäre eiserne Disziplin zu halten wissen. Die ganze Sovietregierung kämpft rücksichtslos gegen die reaktionären Elemente, die die Pogrome schaffen und fruktifizieren. Auch unter Denikin wäre es nicht zu Pogromen gekommen, wenn die Tschinowniki und Offiziere die Menge nicht gehetzt und später bei den Exzessen ihre Pflichten nicht vernachlässigt hätten. Schon die Haltung der Sovietregierung bietet also eine Gewähr, dass keine Pogrome stattfinden werden. Man darf jedoch nicht übersehen, dass es der jüd. Bevölkerung, die in den letzten Monaten durch die Pogrome so furchtbar gelitten, nunmehr an Kraft fehlen wird, die ökonomischen Experimente der Sovietregierung ohne neue tiefe Erschütterungen u. schwere Folgen zu ertragen."

Nordau über den Sinn des Baseler Programms.

Unter dem Titel „Englands Mandat über Palästina und der politische Zionismus" veröffentlicht die „Jewish Times" vom 16. Januar einen ausführlichen Artikel Max Nordaus.

Nachdem sich Nordau über den Mandatsbegriff im allgemeinen, der ein Novum in der internationalen Politik darstellt, geäußert hat, betont er, daß England aus eigenem Willen die Verpflichtung auf sich genommen hat, „in Palästina ein nationales Heim für das jüd. Volk" zu schaffen. Trotz des absichtlich schwachen und unbestimmten Ausdruckes ist dieses Erklärung von ungeheurer Wichtigkeit, vor allem die Anerkennung, daß die Juden ein Volk und nicht nur eine religiöse Gemeinschaft bilden. Sie gibt, wenn auch stillschweigend, so doch klar das Recht des jüd. Volkes auf den Besitz ihres gesetzlichen historischen Erbes zu. Er sei jedoch sicher, mit der Behauptung nicht fehlzugehen, dass England dadurch formell und bestimmt das Baseler Programm angenommen und den politischen Zionismus als Faktor der internationalen Politik anerkannt hat.

Vielfach werde der Einwand erhoben, dass der politische Zionismus einen jüd. Staat und nicht nur ein nationales Heim erstrebe. Er, Nordau, sei als Verfasser des Baseler Programms, das den Ausdruck „nationales Heim" (Heimstätte) zum ersten Mal gebraucht habe, wohl am ehesten berufen, die Bedeutung dieses Wortes klarzulegen. Nordau erwähnt dann verschiedene Einzelheiten und Vorfälle vom ersten Baseler Kongreß, die zum Teil bisher unbekannt waren. Junge russische Hitzköpfe waren in ihrem zügellosen Enthusiasmus gegen jede Abschwächung ihrer extremen Forderungen und verlangten, daß im Programm ein unabhängiger Staat in Palästina gefordert werde. Bei den damaligen Verhältnissen wäre dies nichts anderes als eine offene Kriegserklärung an die Türkei gewesen, die allgemeines

Gelächter erregt und die türkischen Juden den größten Repressalien ausgeliefert hätte. Um diese Katastrophe zu vermeiden habe er, Nordau, seinen ganzen Einfluß angewendet, auch diese Radikalen für den Ausdruck „Heimstätte“ als Synonym von Staat zu gewinnen. Bis auf *Fabius Schacht,* der großen Lärm schlug und aus dem Kongreßsaal entfernt werden mußte, erklärten sich alle mit dem Ausdrucke „Heimstätte“ einverstanden.

Dies ist die Geschichte des viel debattierten Ausdruckes, der zwar doppelsinnig war, aber doch von allen Anwesenden richtig als Judenstaat aufgefaßt wurde. Dasselbe bedeute er auch heute, wo kein Grund mehr vorliegt, das wirkliche Ziel zu verheimlichen. Heimstätte hieß damals und auch jetzt für uns ein autonomer Judenstaat in Palästina und nichts anderes.

Aber um mit Shakespeare zu reden „was ist ein Name“? Wir dürfen keine Zeit mit Erörterungen über die Bedeutung dieses Wortes verlieren. Man kann nicht erwarten, das England Palästina für uns als gut eingeordneten Staat mit vollkommener Administration, sicheren Finanzen, starker jüd. Armee und einem vollständigen System von internationalen Beziehungen und Verbindungen organisiere und sodann uns höflich einlade, vom neuen bequemen Heime Besitz zu ergreifen. England kann uns Juden nur die Möglichkeit bieten, mit unseren eigenen Kräften unsere Renaissance zu vollbringen und die Ernsthaftigkeit unseres Willens zu dokumentieren, wieder eine unabhängige, sich selbst regierende Nation zu werden, unsere Fähigkeit zu zeigen zum Aufbau eines kleinen aber wohlhabenden souveränen Staates, der einen vornehmen und ehrenhaften Platz unter den Völkern einnimmt, Kultur, Gerechtigkeit und Sparsamkeit in ein bisher rückständiges Land bringt und so ein fähiger Faktor in der gemeinsamen Arbeit für das universelle Programm der Zivilisation wird.

Das ist alles was England tun kann, und er habe das feste Vertrauen, daß es dies auch tun will. Falls wir uns jedoch als apathische Schwächlinge zeigen, dann wird das nationale Heim tatsächlich nur ein Heim für eine Gruppe jüdischer Reisenden sein, die sich ein passendes Haus suchen. In diesem Falle wird ein neues Ghetto entstehen, verschönt allerdings mit einem poetischen Lichtkreis historischer Erinnerungen. Falls wir uns jedoch energisch zeigen und alles tun was zu tun ist, dann werden wir in Bälde — in 25 Jahren, vielleicht noch früher — berechtigt sein, unseren britischen Beschützern zuzurufen: „Wir sind jetzt volljährig. Wir danken Euch aus tiefstem Herzen für die herzliche und wirksame Fürsorge, aber jetzt wollen wir die Führung in unsere eigene Hände nehmen.“

Er sei absolut überzeugt, daß an jenem Tage England froh sein werde von seiner schweren Aufgabe befreit zu sein und mit einem Glückwunsch für seine jüd. Freunde auf den Lippen, sich von Palästina zurückziehen werde. Die Liga der Nationen wird uns dann das Land formell übergeben und unser nationales Heim in Palästina wird das sein, was wir politische Zionisten wollen: der unabhängige jüdische Staat.

Das einzige wirkliche Problem des jetzigen Moments besteht also nicht in Diskussionen über den Ausdruck „nationales Heim“ sondern in der praktischen Frage wie Palästina raschestens zu besiedeln ist und dies ist ausschließlich eine Geldfrage. Das Gerede von technischen Schwierigkeiten sei nichts anderes als leere Plappelei. Nordau erklärt dann, daß man die einzelnen Widerstände sicherlich überwinden könne, wenn man nur genügend Geld haben werde Das wirkliche Problem sei Geld, Geld und wiederum Geld. Das Judentum der ganzen Welt müsse das nötige Geld schaffen, nicht als Almosen, sondern els zinstragende Anleihe. Dazu sind auch neue Sammelmethoden nötig. Wir müssen lernen, in modernen Formen zu denken. Wir brauchen 200—250 Millionen Pfund; und diese müssen uns sofort oder in einigen rasch aufeinander folgenden Raten gegeben werden. England muss für diese Anleihe die moralische Garantie übernehmen und er sei sicher, daß unter dieser Bedingung die Juden die Anleihe decken werden.

Die Juden und der Völkerbund.

Der bekannte in Paris lebende Journalist *N. Frank* stellt der „Jüdischen Presszentrale Zürich“ in liebenswürdiger Weise nachfolgende zwei Briefe zwecks Veröffentlichung zur Verfügung, die er von *Prudhommeaux,* dem Sekretär der Association Français pour la Société des Nations u. von A. *Thomas,* dem Sozialistenführer und ehemaliger Minister, auf seine Anfrage, ob auch die Juden in den Völkerbund aufgenommen werden, als Antwort erhalten hat. Die beiden Briefe lauten:

„Mit ihrem Briefe vom 10. Dez., wandten Sie sich an den Präsidenten unserer Vereinigung, Herrn *Léon Bourgeois,* mit der Anfrage, ob die Juden juristisch das Recht haben, dem Völkerbund anzugehören?

So gestellt, scheint es mir nicht möglich, die Frage zu beantworten. Dem Völkerbund werden alle diejenigen Nationen angehören, die als solche anerkannt sind, die nach dem Artikel des Vertrages vom 28. April 1919 „von mindestens zwei Drittelder Mächte aufgenommen werden, die bereits Mitglieder des Bundes sind, und die wirkliche Garantien bieten, daß ihre Absicht, ihre internationalen Verpflichtungen zu erfüllen, aufrichtig ist.“

Bisher bilden die Juden keine Nation. Sie sind unter eine gewiße Anzahl Nationen verteilt, die sie als ihre Landesangehörigen anerkennen, mit mehr oder weniger weitgehenden Rechten, und sie erleiden demzufolge, was den Völkerbund anbetrifft, das Schicksal derjenigen Länder, zu denen sie gehören. So ist Polen z. B. dem Völkerbund beigetreten: die Juden, ein Teil der polnischen Nation, gehören also dem Völkerbund an. Was die polnischen Juden anbetrifft, die z. B. nach den Vereinigten Staaten ausgewandert sind, so gehören sie ebenfalls dem Völkerbund an, insofern sie naturalisierte Bürger der Vereinigten Staaten sind, da die Vereinigten Staaten dem Bunde angehören. Das ist die Lösung der Vernunft und die Frage, die Sie beschäftigt, wird sich nach meiner Ansicht nur an jenem problematischen Tage stellen, an dem es dem Zionismus gelungen sein wird, in Palästina oder anderswo eine autonome jüd. Nation zu bilden, die von den anderen Staaten als solche anerkannt sein wird.“ Gez. *Prudhommeaux.*

„Sie kennen meine zu wiederholten Malen öffentlich ausgedrückte Meinung zugunsten des jüd. Volkes. Sie stellen mir heute eine etwas seltsame Frage: „Haben die Juden juristisch das Recht, dem Völkerbund anzugehören?

Ich denke juristisch antworten zu können, daß ich dies nicht glaube. Der Text des Völkerbunds-Vertrages selbst hat den Beitritt derjenigen Nationalitäten beseitigt, die noch nicht in dem Rahmen eines modernen Staates konstituiert sind.

Wenn in Palästina nicht nur eine jüd. Kolonie, sondern ein wirklicher palästinensischer Staat gegründet wäre, dann hätten die Juden das Recht, ihren Platz in dem Rat des Völkerbundes zu beanspruchen. Bei jeder anderen Voraussetzung scheint dies nicht möglich zu sein. Ich bemerke noch, daß alle Vereinigungen, die in den verschiedenen Ländern für den Völkerbund wirken, übereinstimmend der Meinung sind, daß, für den Augenblick wenigstens, alle Nationalitäten, die nicht zu Staaten konstituiert sind, und sogar alle großen sozialen Gebilde wie die rechtlich konstituierten Konfessionen beiseite gelassen werden müssen. Und ich glaube, daß sie Recht haben.“ gez. Albert *Thomas.*

Die erste Kehilloth Konferenz in Litauen.

Ueber die ersten Sitzungstage der am 5. Januar in Kowno zusammengetretenen ersten Konferenz der jüd. Gemeinden berichtet der Kownoer Korrespondent der „Jüdischen Presszentrale Zürich“:

Der Eröffnungssitzung wohnten 139 Delegierte bei, die 18 Gemeinden vertraten. Als Gäste waren u. a. anwesend: Ministerpräsident *Galwanauski*, Außenminister *Woldemar*, wie auch Major *Beaumont* als Vertreter der englischen Regierung. Minister *Soloweitschik* eröffnete die Konferenz in hebräischer Sprache. Jiddisch fortfahrend betont er die schwere Aufgabe, gleichzeitig die Grundlage eines unabhängigen Litauen und unseres nationalen Lebens zu schaffen. Mit unseren bürgerlichen Rechten sind auch unsere Forderungen auf nationale Autonomie verbunden. Der Redner entbietet den Gruß allen Brüdern, die sich in dem von den Polen okkupierten Teilen Litauens befinden und spricht die Hoffnung aus, daß die nächste Konferenz von einem Vertreter der Wilnaer Gemeinde eröffnet werden möge. Die schreckliche Zeit, die wir durchleben, trieft von ostjüdischem Blute. Diese Zeit stärkt jedoch auch unser nationales Bewußtsein und unseren nationalen Willen. Wir sehen, daß wir eine Macht bilden. Wir schufen dem allweltlichen Judentum ein Zentrum, das Komitee der Jüd. Delegationen in Paris, dem wir unseren brüderlichen Gruß entbieten. Die freien Gemeinden müssen sich vereinigen und ein Zentrum — den Nationalrat — schaffen, der die Arbeit konsolidieren und zu einem einheitlichen Ziele führen soll. Wir wollen auch eine Verbindung mit dem „Waad Haarazoth“ schaffen und in diesem einen eigenen Vertreter haben. Wenn Litauen auch klein ist, so können wir doch ohne Ueberhebung sagen, daß aus allen Teilen der Welt die Blicke auf uns gerichtet sind, weil Litauen einen Mittelpunkt des jüd. Geistes bildet.

Als erster begrüßt Ministerpräsident *Galwanauski* die Konferenz. Zum ersten Male treten die Vertreter des litauischen Judentums zusammen, um über die Mittel des Aufbaues ihres nationalen Lebens zu beraten. Die Arbeit der kleinen Nationen besteht darin, eine Möglichkeit des Aufbaues ihres Lebens auf gesunden Grundlagen zu schaffen. Sie müssen das Recht haben, nach ihrem Belieben zu leben. In Litauen darf es keine nationalen Streitigkeiten geben. Er wünsche namens der Regierung vollständigen Erfolg in der Arbeit für den Grundstein der jüd. Autonomie — die jüd. Gemeinde. Leider seien die jüd. Vertreter des okkupierten Litauen durch Gewalt verhindert, an den Beratungen teilzunehmen. Hoffentlich nur vorübergehend. Er glaube, daß die Juden Litauens den anderen kleinen Nationen in Litauen und den anderen Ländern als Beispiel dienen werden.

Außenminister *Woldemar* erklärt, nicht als Vertreter der Regierung, sondern als alter Freund anwesend zu sein, der von den Juden viel gelernt hat. Das litauische Judentum wird friedlich und glücklich im freien Litauen leben. Wir wollen niemand unterdrücken und die Minderheiten als gleichberechtigte Glieder betrachten. Wir wollen den Juden nicht nur die bürgerlichen Rechte, sondern auch besondere nationale Autonomie gewähren, da wir die Notwendigkeit der jüd. nationalen Autonomie begriffen haben.

Major *Beaumont* begrüßte die Anwesenden in englischer Sprache mit folgenden Worten: „Männer Israels! Ich begrüße Euch namens der englischen Regierung. Tausende von Jahren habt Ihr gelitten. Dank unseren Siegen und der historischen Balfourdeklaration, habt Ihr die Zusicherung erhalten, daß Euer Land wieder Euer werden wird. Die englische Regierung hat gezeigt, daß sie gegebene Versprechen hält. Ich weiß, daß Ihr gute Bürger Eurer Staaten im Galuth seid, aber in Euren Herzen lebt ewig das Wort, Jerusalem. Als Vertreter der englischen Regierung begrüße ich Eure Konferenz und wünsche, daß Eure Arbeit dem alten Volke Israel Nutzen bringen möge.“

Auf der Abendsitzung wird zur Wahl des Präsidiums geschritten. Dr. *Soloweitschik* schlägt vor, das vom zeitweiligen Nationalrate beim jüd. Ministerium ausgearbeitete Projekt als provisorische Geschäftsordnung anzunehmen. Namens der „Achduth“ erklärt sich Dr. *Carlebach* im allgemeinen damit einverstanden, wünscht jedoch drei gleichberechtigte Präsidenten und nicht wie vorgeschlagen einen Präsidenten und zwei Vizepräsidenten. Diesem Vorschlag opponiert Adv. *Rosenbaum*. In geheimer Abstimmung wird mit 75 gegen 62 Stimmen die Annahme der vorgeschlagenen Geschäftsordnung ohne jede Aenderung beschlossen. Namens der Majorität des Seniorenkonventes werden Dr. *Soloweitschik* als Präsident, Rabb. *Kahnemann* als erster, und Dr. *Friedmann* aus Poniewjesch als zweiter Vizepräsident vorgeschlagen, als Beisitzer Rabb. *Karg*, Adv. *Rosenbaum*, Dr. *Rachmilewitsch*, *Galant* und Rabb. *Poppel*. Rabb. *Kahnemann* meint, daß der Leiter der Exekutive, dessen Tätigkeit der Kritik der Konferenz unterliege, nicht gut zugleich Leiter der Versammlung sein kann. Adv. *Rosenbaum* ist der Ansicht, daß Minister Soloweitschik nicht die Exekutive bilde und daß die Konferenz unbedingt zum Leiter eine mit der ganzen Materie vertraute Persönlichkeit wählen müsse. Die vorgeschlagenen Mitglieder werden einstimmig gewählt, nachdem Rabb. *Kahnemann* erklärt hat, daß die Achduthfraktion sich der Abstimmung enthalte. In die Mandatskommission werden sodann 4 Vertreter der Zionisten und Misrachisten, 4 der „Achduth“ und zwei der demokratischen Intelligenz und der Handwerker gewählt.

Am zweiten Konferenztage erstattete Adv. *Finkelstein* sein Referat über den allgemeinen Wirtschaftszustand der litauischen Juden. Er verwies u. a. darauf, daß Deutschland laut dem Friedensvertrage die Kriegsschäden wiedergutzumachen habe und daß die Juden dabei ihr Teil fordern müssen. Man müsse auch trachten, einen Teil der Juden vom Handel auf andere produktive Zweige des ökonomischen Lebens zu überführen.

Das zweite Referat über den jüd. Handel in Litauen hält Dr. *Rachmilewitsch*, der sich energisch für den freien Handel ausspricht. Eine der Hauptnotwendigkeiten sei die Gründung möglichst vieler jüdischer Volksbanken. Die bestehenden Volksbanken wurden bereits legalisiert. Auch wegen der Sabbathruhe müsse das Nötige veranlaßt werden. Als Dritter referiert Dr. *Goldberg* über die ökonomische Lage des litauischen Judentums.

Am Mittwoch den 7. Januar erstattet Minister *Soloweitschik* seinen politischen Bericht, der sich ausführlich mit der eigenartigen Lage des jüd. Ministers beschäftigt, der teils Minister, teils Staatssekretär sei und von dem man nicht wisse, ob er jeden Regierungswechsel mitzumachen habe oder als ruhender Pol in der Erscheinungen Flucht zu betrachten sei. Im Kampfe für unsere Rechte handelte es sich um unsere menschlichen, unsere bürgerlichen und unsere nationalen Rechte, welch letztere durch die bekannte Pariser Deklaration festgelegt wurden.

Sodann erstattet Adv. *Rosenbaum* einen Bericht über seine Tätigkeit im Komitee der Jüd. Delegationen in Paris. Die englische Regierung, die sich gewissermassen als Vormund des jüd. Volkes betrachtet, habe ersucht, ihr über die Beziehungen zwischen den Juden uud den Litauern zu berichten. Die Vertreter der jüdischen und der litauischen Delegationen haben sich in wenigen Worten geeinigt, indem die litauische Vertretung um Ueberreichung der jüd. Forderungen ersucht habe und sie dann bis auf einige Kleinigkeiten bestätigte. Die Briefkopien der litauischen Delegation an das Komitee der Jüd. Delegationen, ebenso wie die eingegangene Antwort wurden dann von beiden Parteien der englischen Regierung und der Ententekommission mit

der „Bitte um Kenntnisnahme" übersandt. Die Pariser Deklaration sei jedoch nur ein Programm, für dessen Durchführung wir kämpfen müssen. Er beantragt, dem jüd. Minister, der diesen Rohbau erst ausgestattet habe, den Dank auszusprechen.

An der lebhaften Diskussion beteiligt sich u. a. auch der ehemalige Dumadeputierte Dr. *Friedmann*, der auf die während seiner Abwesenheit entstandenen mannigfachen Aenderungen der Verhältnisse hinweist und namens der Fraktion der unparteiischen Demokraten und Handwerker dem Minister für seine fruchtbare politische Tätigkeit dankt und ihm sein volles Vertrauen ausspricht. — Ueber die weiteren Sitzungstage werden wir in der nächsten Nummer berichten.

Promulgierung des Gesetzes über die litauischen jüd. Gemeinden.

Der „Jüdischen Presszentrale Zürich" wird vom jüd. Ministerium aus Kowno telegraphiert: (verspätet eingetroffen) Die litauische Regierung promulgierte das Gesetz über die jüd. Gemeinden, die als öffentlich-rechtliche Institutionen, ausgestattet mit dem Zwangsbesteuerungsrecht, anerkannt werden.

Vom jüdischen Leben in Japan.

Ein jüdischer Kaufmann aus Japan, der Yokohama Ende Okt. v. J. verlassen hat und kürzlich in Paris eingetroffen ist, gab dem Herausgeber der „Jüdischen Presszentrale Zürich" u. a. folgende Einzelheiten über das Leben der Juden in Japan:

Vor mehreren Monaten hat sich zur Regelung des grossen jüd. Emigrationsstromes, der seit Beginn des Bolschewistenregimes ununterbrochen aus Rußland via Japan nach Amerika flutet, in Tokio das „American Emigration Jewish Relief Committee" gebildet, das sich aus amerikanischen und einheimischen japanischen Juden zusammensetzt. Zweimal wöchentlich passieren einige hundert jüd. Emigranten aus Wladiwostok kommend die Hauptstadt Japans, wo sie von dem genannten Komitee koscher verpflegt und mit dem Nötigsten versehen werden. Bis zu ihrer Weiterreise nimmt sich das Komitee dieser Emigranten in jeder Hinsicht an. Unter den Durchreisenden befinden sich nicht nur Angehörige des russischen Staates, sondern auch jüd. Kaufleute aus Amerika, deren Existenz durch die Bolschewiki-Herrschaft vollkommen zerstört wurde und die jetzt mittellos nach Amerika zurückkehren. Die japanischen Juden gewähren ihren bedrängten jüd. Brüdern reichliche materielle Hilfe und stehen ihnen, falls sie eine neue Existenz in Japan gründen wollen, mit Rat und Tat zur Seite. Allerdings sind die guten Zeiten für die russ.-jüd. Geschäftswelt in Japan, seitdem der Handel in Rußland lahmgelegt ist, vorbei. Die während des Krieges eingewanderten russischen Juden, die den Handel Japans mit ihrem Heimatlande lebhaft gefördert und ausgebaut haben, sind alle zu großem Wohlstand gelangt. Viele aber wandern jetzt, da sie keine Handelsmöglichkeiten mehr mit Rußland haben, nach Amerika aus, um sich dort dem japanisch-amerikanischen Handel zu widmen. So bringt der jüd. Geschäftsgeist die Handelsbeziehungen zwichen Rußland, Japan und Amerika zu neuer Erstarkung.

Als die ersten Pioniere jüd. Niederlassung in Japan können neben dem bekannten Port Arthurer Philantropen *Ginsburg* die Herren *Kirschbaum* aus Riga und Mr. *Russell* genannt werden, die den Grundstein zu einer jüd. Gemeinschaft legten. Heute besitzt die Gemeinde bereits einen Schochet und im Hause des Emigrations-Komitees an der Mainstreet besteht ein Betsaal, der als Synagoge eingerichtet ist. Der Bau einer Synagoge ist geplant.

In Ermangelung anderer Schulen mussten die jüdischen Kinder bisher in die Missionsschulen geschickt werden; hierin wurde nun Wandel geschaffen, indem man jüd. Schulen errichtete, die gut besucht sind. Von den Juden, die während des Krieges nach Japan kamen, sind die meisten Zionisten. Während der Chanukkah-Tage vorigen Jahres wurde ein jüd. Ball veranstaltet und die häufig stattfindenden Wohltätigkeits-Konzerte und jüd. literarischen Kurse zeugen vom jüd. Kulturleben in Tokio.

Die ersten Spuren jüdischer Ansiedelung in Japan lassen sich auf fünf Jahrzehnte verfolgen, wovon ein 57 Jahre alter Grabstein einer jüd. Frau in Tokio zeugt. Unser Gewährsmann beabsichtigt, bei seiner Rückkehr nach Japan den Grabstein photographieren zu lassen und Material über die ersten Anfänge des jüd. Lebens in den japanischen Städten zu sammeln.

Chronik.

Russland.

In einem Interview mit dem Kopenhagener Korrespondenten des „Moment" erklärte Volkskommissär *Lunatscharsky*, dass, seiner persönlichen Meinung nach, Eltern ihre Kinder eine jede beliebige Sprache lehren dürfen. Das Verbot des Hebräischen sei nicht Sache der Volkskommissäre gewesen, sondern nur der Intoleranz der jüd. Kommunisten zu verdanken.

— Der Rat der Volkskommissäre hat ein spezielles Komitee für den Kampf gegen den Antisemitismus geschaffen, dem u. a. *Maxim Gorki, Lunatscharsky* und *Lenin* angehören.

Ukraine.

Die russische Zeitung „Priasowsky Kraj" enthält einen Bericht von Dr. *Lander*, einem Mitgliede des vom russischen Roten Kreuze organisierten Hilfskomitees für die pogromierten Juden. Dr. Lander, der direkt von Kiew nach Rostow gekommen ist, schildert die Lage in den schwärzesten Farben. Der schrecklich kalte Winter ist in seinen Wirkungen umso furchtbarer, als hunderttausende Juden nicht nur hungrig, sondern absolut nackt herumirren. Die halbzerstörten jüd. Häuser, Ueberbleibsel der Pogromwelle, wurden letztens von merkwürdig mysteriösen Bränden heimgesucht. Wo früher in der Ukraine jüd. Städte und Städtchen blühten, herrscht jetzt eine Wüste. Kälte, Hunger und Epidemien vollenden jetzt die früheren Taten der Pogromisten. Blos für Nahrungsmittel und Medikamente benötige man 150 Millionen Rubel wöchentlich. Es gebe blos wenig grosse Städte, die von den Pogromen unberührt geblieben sind, so Charkow und Rostow am Don.

— Jüdische Zeitungen berichten, daß vor ungefähr drei Monaten in Kiew einer der ältesten und bekanntesten Millionäre, Lew *Brodsky*, gestorben ist.

Nach unseren Informationen dürfte diese Nachricht der Wahrheit nicht entsprechen, da Brodsky seit mehr als einem Jahre nicht mehr in Rußland weilt.

Litauen.

— Dr. *Soloweitschik*, der Minister für die jüd. Angelegenheiten, hat telegraphisch das Komitee der jüd. Delegationen in Paris ersucht bei den Wiederaufbauarbeiten in Frankreich und Belgien den litauischen Juden Arbeitsmöglichkeiten zu verschaffen. Sie können als Holz- und Möbelarbeiter, in welchem Fach sie viel Uebung haben, sich sehr nützlich machen.

— In der litauischen Taryba kam es anlässlich der Beratungen über den freien Handel zu einem Zusammenstoss zwischen dem Minister des Innern *Drauguelis* und dem Handelsminister Dr. *Rachmilewitsch*. Der Innenminister beklagte sich, dass einige Minister, vor allem der Handelsminister, sich mit dem Gesetz über die Einschränkung des freien Handels nicht einverstanden erkläre und dass Dr. Rachmilewitsch Genehmigungen erteile, Waren über die Demarkationslinie auszuführen. Dr. Rachmilewitsch protestierte gegen diese Behauptungen und forderte Beweise. Es kam zu einem Tumulte in der Taryba und es trat erst wieder Ruhe ein, als ein Antrag, die Frage des freien Handels dem Ministerrat zur Behandlung vorzulegen, angenommen wurde.

Weissrussland.

Am 4. Januar ist in Minsk die Konferenz der Delegierten der jüd. Kehilloth Weißrußlands zusammengetreten. Es waren 78 Delegierte anwesend, die 39 Kehilloth vertraten, darunter 45 Zionisten und 12 Orthodoxe. Nach einem Vortrag von Adv. *Stutschinsky* über das Thema „Unsere Beziehungen zu den jüd. Ansprüchen auf Palästina und die Minoritätsrechte im Galuth" ist einstimmig folgende Resolution angenommen worden: „Die Konferenz der Delegierten der jüd. Kehilloth Weißrußlands begrüßt die Vertreter der Jüd. Delegationen an der Friedenskonferenz in ihrem Kampfe für die nationale Autonomie der jüd. Minoritäten und ihren Forderungen, einen jüd. Heimatsstaat für das jüd. Volk in Palästina zu gründen. Im Namen der jüd. Einwohner Weißrußlands spricht die Konferenz die Versicherung aus, mit allen Kräften die Verwirklichung dieser gerechten Forderungen der Juden zu unterstützen."

Auch eine Konferenz der Zionisten Weißrußlands tagte während drei Tagen unter Vorsitz von I. *Berger* in Minsk.

— In Minsk hat sich ein provisorischer Jüdischer Nationalrat für Weißrußland gebildet, in dem, bis auf die Linke, alle Parteien vertreten sind. Vorsitzender ist J. *Berger* (Zionist), Vizepräsidenten *Rogow* (Unparteiischer), Rabb. *Zimbalist* (Agudah), Rabb. *Schapira* aus Bobruisk (Misrachist) und *Estrin* aus Bobruisk (Zionist).

Polen.

Laut „Hacefira" dürfte das neue Sonntagsruhegesetz am 9. Febr. in Kraft treten.

Eine Rabbinerabordnung mit Rabb. *Perlmutter* an der Spitze, wandte sich in dieser Angelegenheit an *Pilsudski* und schilderte ihm die traurigen Folgen, die dieses Gesetz für die jüd. Bevölkerung haben werde. Pilsudski wies sie an den Ministerpräsidenten, der ihnen erklärte, daß man gegen einen Reichtagsbeschluß nichts tun könne. Er versprach ihnen jedoch, seinerseits für gewisse Erleichterungen zu Gunsten der jüd. Bevölkerung bemüht zu sein.

— Auf der am 10. Januar stattgefundenen Sitzung der Organisationskommission für die Einberufung einer allgemeinen Hilfskonferenz in Polen wurde beschlossen, diese Konferenz für den 23. Februar einzuberufen. An der Konferenz sollen sich Vertreter aus ganz Polen beteiligen. Die Vertreter der jüd. Hilfskommissionen in Weißrußland, Litauen und Ostgalizien sollen angefragt werden, ob und unter welchen Bedingungen sie sich an der Konferenz beteiligen wollen.

— Vor einigen Jahren hat die Agudas Jisroel in Polen drei Waisenhäuser eines in Warschau und zwei in Kalisch, gegründet, die während der letzten Zeit stark unter Geldmangel leiden. Wie der „Jud" meldet, ist jetzt ein Spezialdelegierter der holländischen Orthodoxie, *Timberg*, nach Warschau gekommen, um bei der polnischen Regierung für die bereits bestehenden und von den Orthodoxen noch zu gründenden Waisenhäuser Subventionen zu erwirken.

— Die Sterblichkeit der Warschauer Juden hat während der letzten Zeit erschreckend zugenommen. Nach den letzten statistischen Daten starben während der letzten drei Wochen 363 Juden: 90, 113 und 160.

— Seit einiger Zeit sind die Lehrer der jüdischen Mittelschulen in Polen wegen Gehaltsforderungen in den Ausstand getreten.

— Von den Schülern des hebräischen Gymnasiums in Lodz wird der Sophokleische Oedipus in hebräischer Sprache aufgeführt.

— Auf der Sitzung der Exekutive der zion. Partei Ostgaliziens, die am 11. Januar in Lemberg stattfand, übergab Dr. *Zipper* die Leitung der Partei wiederum dem soeben aus Paris zurückgekehrten Dr. Leon *Reich*, der die Leitung bis zur nächsten Parteikonferenz innehaben wird. Gleichzeitigt übernimmt Dr. *Zipper* die Stelle des Chefredakteurs der „Chwila", deren weitere Redakteure Dr. Heinrich *Rosmarin* und Dr. Julius *Wurzel* sind.

— Am 10. Januar ist in Lemberg der Präsident der Advokatenkammer, gewesener Vizebürgermeister und Landtagsabgeordneter Dr. *Tobias Askenase* an Herzschwäche gestorben. Obwohl durch und durch Assimilant, nahm Askenase infolge seines redlichen Charakters und warmfühlenden Herzens stets unter den Assimilanten eine besondere Stelle ein, die ihn ungemein häufig in Konflikt mit seinen Gesinnungsgenossen brachte. Bekannt sind seine energischen und unvergesslichen Leistungen als Präsident des Lemberger Rettungskomitees, wo er nach dem Pogrom sich der jüd. Bevölkerung mit allen Kräften annahm. Die Polen konnten ihm sein warmes und unerschrockenes Eintreten für seine Brüder nicht vergessen und veranstalteten eine unglaubliche Boykotthetze gegen Askenase, die, nach seinen eigenen Worten, den Grund zu seiner Krankheit, der er nun erlegen ist, bildete. Fast die ganze jüd. Bevölkerung Lembergs nahm voll Trauer an seinem Leichenbegängnisse teil.

Bukowina.

Für die vom 7.—11. März nach Zürich einberufene Welthilfskonferenz haben das Amerikanische Joint Committee für die Bukowina, sowie die Israelitische Alliance in Czernowitz das Mitglied des Bukowinaer Jüdischen Nationatrates, Dr. Markus *Krämer*, mit ihrer Vertretung betraut und ihn besonders beauftragt, einschlägige Anträge betreffend Wiederaufbau-Kredite einzubringen.

Tschecho-slovakischer Staat.

Am 5. und 6. Januar fand in Prag eine Tagung der nationaljüdischen Vertrauensleute statt, auf welcher der Jüdische Nationalrat über seine bisherige Tätigkeit und über die einleitenden Schritte für den Eintritt in die Wahlbewegung Bericht erstattete. Es wurde prinzipiell beschlossen, in den Wahlkampf für die neue Nationalversammlung einzutreten und eine Reihe von Kommissionen gewählt, welche die nötigen Vorarbeiten für die zu bildende Wahlpartei durchführen sollen.

Deutschland.

Abreise Dr. Hantkes nach London.

Dr. Arthur Hantke ist am 12. d. Mts. nach London abgereist, um dort an den Arbeiten der zion. Leitung teilzunehmen.

Die Geschäftsführung der Zionistischen Vereinigung für Deutschland wurde bis zum nächsten Delegiertentag durch einstimmigen Beschluß des geschäftsführenden Ausschusses des Zentralkomitees in folgender Weise geregelt: Den Vorsitz der Zionistischen Vereinigung für Deutschland übernimmt Herr Dr. Alfred *Klee*, stellvertretende Vorsitzende sind die Herren *Blumenfeld* und *Lichtheim*. Die drei genannten Herren bilden die Exekutive des Geschäftsführenden Ausschusses zur Erledigung der laufenden Geschäfte. Die Leitung des Büros wurde Herrn *Lichtheim* übertragen.

Aufschub der Ostjüdischen Konferenz.

Infolge der in jüngster Zeit entstandenen Verkehrsschwierigkeiten wurde auf Ersuchen fernliegender Ortsgruppen die Ostjüdische Konferenz für einige Zeit aufgeschoben. Der neue Konferenztermin wird noch bekannt gegeben werden.

Frankreich.

Dr. Salkind begibt sich nach Amerika.

Aus Paris wird der „Jüd. Presszentrale Zürich" mitgeteilt: Im Auftrage des Komitees der Jüd. Delegationen bei der Friedenskonferenz hat sich der bekannte russisch-jüdische Politiker Dr. *Salkind*, der ehemalige

Präsident der jüdischen Gemeinde von Petrograd und der Präsident des Zentralverbandes der jüdischen Gemeinden Russlands, (Zewaad), am 14. Januar von England aus nach Amerika begeben. Er hat den Auftrag, die Verbindung, welche das Komitee der Jüd. Delegationen mit der Vertretung des amerikanisch-jüdischen Kongresses als einem Teil des Komitees in Paris formell und sachlich geknüpft hatte, zu festigen, den amerikanisch-jüdischen Kongreß über die jetzige Tätigkeit des Komitees aufzuklären, sowie das amerikanische Judentum über die jetzige Situation des osteuropäischen Judentums zu informieren. Er geht nicht mit irgendwelcher Sonderaufgabe, sondern als Repräsentant der gesamtjüdischen Interessen. In Anbetracht seiner langjährigen Tätigkeit auf dem Gebiete der Hilfsarbeit an Ort und Stelle, soll er auch mit den grossen amerikanischen Hilfsorganisationen in Verbindung treten, um das planmässige Zusammenarbeiten aller amerikanischen Hilsorganisationen zu erwirken und die Propaganda für die allgemeine Hilfskonferenz zu fördern.

— Der „Manchester Guardian“ hat mit der Veröffentlichung wichtiger Dokumente, über die zur Zeit des Krieges zwischen England und Frankreich abgeschlossenen geheimen Abmachungen, begonnen. Unter diesen veröffentlichten Dokumenten befindet sich auch die von der französischen Regierung am 2. April 1917, also 7 Monate vor der Balfourdeklaration, an Georges *Picot* erlassene Instruktion, in der es u. a. heißt: „Wenn Sie nach Palästina kommen, werden Sie mit vielen jüd. Kolonien in Kontakt kommen. Es ist wünschenswert, ihnen gleich von Anfang an ein großes Maß von Schutz angedeihen zu lassen und die neue Lage dadurch zu charakterisieren, daß Sie sie mit der Administration ihrer Gemeinden betrauen und zur Verwaltung des Landes heranziehen. Es ist Ihnen sicherlich bekannt, daß die diesbezgl. Politik den Zweck hat, Eindruck zu machen nicht nur auf ihre Glaubensbrüder in den alliierten und neutralen Staaten, sondern auch in den feindlichen Ländern. Es liegt deshalb in unserem Interesse, sie mit den größten Erwartungen zu inspirieren in bezug auf die Absichten, die die Alliierten für sie auf ihrem Boden hegen, welchem sie durch die tausendjährige Vergangenheit zugetan sind und auf den sie jetzt zurückkehren wollen zwecks Errichtung neuer Siedelungen.“

England.

Wie der „J. P. Z.“ aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt wird, wurde an Stelle des unlängst nach Palästina verzogenen Rabbi Kook, Rabbiner *Schapiro* aus Kowno nach London berufen. Rabbiner Schapiro, der an der im Februar 1919 in Zürich stattgefundenen Weltkonferenz der orthodoxen Verbände überaus aktiven Anteil genommen hat, ist neben Prof. *Margulies* (Florenz) nnd Rabbiner *Lewenstein* (Zürich) Mitglied der von erwähnter Weltkonferenz eingesetzten politischen Kommission. Da die englische Regierung Rabbiner Schapiro die Aufenthaltsbewilligung bereits erteilt hat, wird seine Uebersiedelung nach London für die nächste Zeit erwartet.

—„Evening Standard“ veröffentlicht einen Artikel von Oberst *Patterson,* dem aus Palästina nach London zurückgekehrten Kommandanten der jüd. Legion, der von seiner grossen Sympathie für Palästina und das jüd. Volk zeugt.

Holland.

Konferenz der holländischen Zionisten.

Am 24. und 25. Dez. fand der 20. Kongreß der holländischen Zionisten statt unter Beteiligung von 127 Delegierten, die 23 Städte vertraten. Julius *Simon* war eigens aus London gekommen, um auf einer geschlossenen Sitzung über die Lage zu berichten. Nach langer Diskussion wurde mit 48 gegen 26 Stimmen eine Resolution angenommen, das Aktionskomitee aufzufordern, so rasch als möglich eine Weltkonferenz einzuberufen, um den Führern die Möglichkeit zu geben, Rechenschaft über ihre Tätigkeit abzulegen. Diese Konferenz soll auch dann einberufen werden, wenn manche Länder infolge der internationalen Lage nicht vertreten sein können. In diesem Falle sei jedoch die Konferenz nicht als Weltkonferenz im vollen Sinne des Wortes zu verstehen und soll nicht das Recht haben, Wahlen vorzunehmen, um die Verantwortung für die Weltorganisation zu übernehmen.

Amerika.

Am 12. Dez. sind 560 jüd. Legionäre aus Palästina nach New-York zurückgekehrt. Sie wiederholen die Vorwürfe ihrer bereits früher zurückgekehrten Kameraden, von der zion. Palästina-Kommission nicht genügend Stütze erhalten zu haben. Die meisten der jetzt zurückgekehrten Legionäre hatten den Vorsatz, in Palästina zu bleiben. Man forderte jedoch von ihnen, daß sie in diesem Falle nicht nur weiterhin der Armee angehören müssten — damit waren schon viele einverstanden — sondern auch die Einwilligung, als Angehörige der Armee überall hingeschickt werden zu dürfen. Wie sehr sie an Palästina hängen, beweist die Tatsache, daß mehr als 50 von ihnen Gesuche um Pässe eingereicht haben, um ehestens nach Palästina zurückkehren zu können.

— Für den 25. Dez. arrangierten die Zionisten einen Abschiedsabend zu Ehren des bekannten alten palästinensischen Pioniers, Israel *Belkind*, gelegentlich dessen Rückreise nach Palästina.

— Auf dem am 24. Dez. in Philadelphia stattgefundenen Meeting des Jüdischen Kongress-Komitees wurde folgende Resolution angenommen: In Anbetracht dessen, daß bereits mehr als ein Jahr seit der ersten Sitzung des jüdisch-amerikanischen Kongresses verflossen ist und daß damals beschlossen wurde, eine weitere Tagung nicht später als nach einem Jahre einzuberufen und unter Berücksichtigung des Umstandes, daß die überaus traurige jüdische Lage im jetzigen Moment ein brennendes Problem darstellt, dessen Lösung nur ein Jüdischer Kongreß auf sich nehmen kann, wird beschlossen, das Exekutiv-Komitee des ersten amerikanisch-jüdischen Kongresses aufzufordern, den Kongreß ehestens wieder einzuberufen, welche Forderung auch der Ausdruck der gesamten bewussten jüdischen Bevölkerung ist.

— Für den 25. Januar hat der Verband der ukrainischen Juden eine Konferenz nach Philadelphia einberufen, um über Mittel und Wege zu beraten, wie den ukrainischen Juden am besten zu helfen sei. Ueber die derzeitige Lage der Juden in der Ukraine werden Dr. *Coralnik* und M. *Grossmann* referieren.

— Die Kampagne für die Sammlung des zehn Milionen Dollars Fond für den Wiederaufbau Palästinas hat am 18. Januar begonnen.

Argentinien.

Die fünfte zion. Konferenz in Buenos Aires beschloß, sich an die argentinische Regierung zn wenden und um Einwanderungserleichterung für diejenigen jüd. Familien zu ersuchen, für welche die zion. Föderation Garantie übernehme.

Palästina.

Der Arbeitsmarkt in Palästina.

Der palästinensische Korrespondent der „Jüdischen Presszentrale Zürich“ berichtet: Die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkte haben sich mit Eintritt des Winters gebessert. Schneider und Schuster haben vollauf zu tun. Auch Schreiner finden Beschäftigung. Letzthin sind in Jerusalem zwei grosse Schreinereien gegründet worden; die eine „Hecharasch“, ist ein Privatunternehmen, die zweite, „Hamakzua“ eine kooperative Gründung des Arbeiterverbandes „Achduth-Haawodah“. Der Arbeiterverband „Achduth-Haawodah“ bemüht

sich in letzter Zeit, überall aus den Mitteln des Verbandes Kassen und kooperative Gewerkschaften zu gründen. So hat er in Jaffa eine Schuhmacherwerkstatt gegründet unter dem Namen „Thoeleth" und in Tiberias eine Schneiderinnenwerkstatt unter dem Namen „Achduth". Bei den Kanalisationsarbeiten in Jerusalem finden ausser Handlangern auch viele Berufsarbeiter wie Schmiede, Glaser u.s.w. Arbeit. In der Jerusalemer Spinnerei und Weberei finden z. Zt. viele Arbeiter und Arbeiterinnen Beschäftigung. Die „Zizoth-Spinnerei" ist noch nicht stark entwickelt und beschäftigt nur wenig Leute. Demgegenüber ist die Abteilung für einfache arabische Teppiche, die erst vor zwei Monaten gegründet wurde, in fortschreitender Entwicklung begriffen. Ueberhaupt sind die Aussichten für diese Branche sehr gute, denn die Teppiche finden grossen Absatz in Palästina. In der Stickerei-Abteilung selbst sind mehrere Arbeiterinnen beschäftigt, ausserdem ca. 200 Frauen und Mädchen als Heimarbeiterinnen für Handstickereien und Handwebereien. Die Verwaltung dieser Spinnerei und Weberei hat sich unlängst an die Zion. Kommission gewendet, mit dem Ersuchen, für diese Industrie einen Markt zu finden, um die Spinnerei und Weberei vergrössern zu können und somit jüdischen Arbeiterinnen in noch grösserer Zahl Arbeit zu verschaffen.

Auch in Jaffa entwickeln sich die Gewerkschaften günstig. So z. B. ist es dem Verband „Magen" gelungen, im Laufe der letzten Monate folgende Gewerkschaften zu gründen: 1. eine Damenhut-Fabrik, 2. eine Wäschefabrik, 3. eine Gold- und Silberschmiede, wo viele jüd. Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt sind. Ausserdem ist der genannte Verband im Begriffe, eine Schreinerei zu gründen, ferner eine Werkstätte für Strohstühle und eine Gärtnerei und Blumenabteilung. Daß Berufsarbeiter in Palästina jetzt Arbeitsgelegenheit finden, ist daraus zu ersehen, daß der „Haaretz" vom 31. Dez. mitteilt, daß alle Berufsarbeiter, die am 17. Dez. mit dem Dampfer „Russlan" nach Palästina gekommen sind, bereits Beschäftigung gefunden haben.

Palestine Express Co. Ltd.

Die neugegründete „Palestine Express Co." Ltd. teilt der „Jüd. Presszentrale Zürich" mit:

Der Fremden-Verkehr, ein vom jüd. Standpunkt wichtiger ökonomischer Zweig, ist in Palästina zu allen Zeiten von den Juden vernachlässigt worden, obwohl ihm viele Nichtjuden großes Interesse entgegenbrachten und guten Nutzen daraus zogen.

Dank direkter Eisenbahnverbindungen in Palästina, haben sich die diesbezügl. Aussichten merklich gebessert, sodaß in den jüd. Kreisen ein brennendes Interesse für den Fremden-Verkehr erwacht ist. Unter dem Patronat der Anglo Palestine Company, Ltd. ist unter dem Namen „The Palestine Express Company" Ltd. eine Gesellschaft mit einem Kapital von 5000 Pfd. (vollständig einbezahlt), gegründet worden. Das Direktorium der Anglo Palestine Bankgesellschaft vertritt gleichzeitig das Direktorium dieser neuen Gesellschaft. Als Leiter wurde Herr *Emanuel Sachs*, gewählt, der auf diesem Gebiet während einer langen Reihe von Jahren große Erfahrungen gesammelt hat.

Die wichtigsten Handelszweige, die die neue Gesellschaft aufnehmen wird, sind folgende:

a) Verkauf von Reisekarten für Automobile, Züge und Dampfer, (Einzel- und Gesellschaftsfahrten).b) Organisation von speziellen Exkursions-Diensten in Palästina, Syrien und Aegypten. c) Lebens- und Unfallversicherung für die Reisenden während der Reise; Gepäck-Versicherung; Ausgabe von Kreditbriefen auf die hauptsächlichsten Weltplätze; Herausgabe von Reiseführern in Palästina.

Die Statuten der Gesellschaft sind von den Lokal-Behörden legalisiert worden. Die Gesellschaft beabsichtigt, in Jerusalem, Jaffa, Haifa, Beirut und Damaskus Filialen zu eröffnen.

Die Direktion der Gesellschaft macht es sich weiterhin zur Pflicht, einen speziellen Kommunikationsdienst zwischen Palästina und dem Auslande zu schaffen und alle Bedürfnisse und Wünsche der Reisenden zu berücksichtigen; auch soll für koschere Speisen an Bord gesorgt werden.

Schweiz.

Angesichts der in Mittel- und Osteuropa herrschenden Not, der vor allem die Kinder zum Opfer fallen, hat die „Schweizerische Hilfsaktion zur Versorgung jüdischer Kinder aus Wien", die im vergangenen Jahr gegen 1100 Kinder aus Wien und Deutschland zur Erholung in die Schweiz hatte kommen lassen, ihr Programm erweitert. Sie heisst nunmehr *„Schweizerische Hilfsaktion für notleidende jüdische Auslandskinder"*. Auf einer im vorigen Monat in Baden stattgefundenen Konferenz der Schweizerischen Lokalkomitees wurde beschlossen, so schnell wie möglich wieder einen Transport von jüdischen Kindern aus Wien kommen zu lassen. Zu diesem Behufe wurde eine Zentralstelle in Zürich, Falkenstrasse 4, geschaffen, welche die nötige Propaganda und Vorarbeiten zu leisten hat. Die Anmeldungen laufen so zahlreich ein, dass man den nächsten Zug mit 500 Kindern im Lauf des Monates Februar erwarten darf.

— Die „Neue Zürcher Zeitung" hat durch die Entsendung eines Spezialkorrespondenten nach Palästina ihr besonderes Interesse für die palästinensischen Verhältnisse dokumentiert. So enthalten ihre Ausgaben vom 8. Jan. drei Berichte ihres palästinensischen Korrespondenten und zwar wird in Nr. 37 über „Das erste Emigrantenschiff" und unter der Rubrik Wetterberichte über „Hochwasser in Palästina" berichtet. In Nr. 35 (Exportbeilage) wird die Frage des schweizerischen Exports nach dem nahen Orient behandelt. Nr. 45 vom 9. Januar enthält einen weiteren Artikel des palästinensischen A. B. Korrespondenten, betitelt: Eine Lösung des syrischen Problems?

Presse- und Verlags-Notizen.

Heft 3 der hebräischen Monatsschrift „Miklath", die in New-York unter der Redaktion von I. D. *Berkowitz* im Verlage Stibel erscheint, ist in der Redaktion der „J.P.Z." eingetroffen. Es enthält u. a. folgende Aufsätze: *S. Schneer:* Von den Schicksalsliedern, *J. Wilkansky:* Die Grenzen der Völker, *D. Kimchi:* Auf nichts, Dr. J. *Klatzkin:* Galuth und Palästina, Dr. *Ch. Tschernowitz:* Aus der Epoche der Geonim, S. *Halkin:* Dann wird das Leben des Menschen werden . . . , J. *Opatoschi:* Der Tod eines Indianers, S. B. *Maksimon:* Die Nahen, die sich entfernt haben, Dr J. S. *Reisin:* Georg Eliot, B. N. *Silkiner:* Und Dein Blut rinnt noch.

Abgesehen von den inhaltsreichen Aufsätzen zeichnen sich die Miklath Hefte durch ihre schöne Ausstattung aus, wie alle Bücher, die in diesem Verlage erscheinen.

— Die erste Nummer des in London unter Redaktion von Leo König herausgegebenen Monatsjournals „Renaissance" (s. „J. P.Z." Nr. 69) ist erschienen und in der Redaktion der „J.P.Z." eingetroffen.

— „Um die Ewigkeit", Jüdische Essays von Dr. Nathan *Birnbaum*, sind soeben im Weltverlag erschienen. Diese Sammlung der von Dr. Birnbaum während der letzten Jahre veröffentlichten Aufsätze, behandelt jüdische Kultur und Politik. Ost- und Westjudentum und anderes. Die Religion wird stets in den Mittelpunkt aller jüd. Angelegenheiten gestellt. Preis M 9.—, geb. M. 11.50.

— *Die Judenfrage auf dem Wiener Kongress.* In den nächsten Tagen erscheint in dem Verlage R. Löwit ein Werk Dr. Salo *Barons*, das den Wiener Kongress, der für die Gestaltung der Judenfrage so bedeutungsvoll wurde, unter Benützung vieler unbekannter Quellen behandelt. Es wird darin gezeigt, wie die Judenfrage gerade durch diesen Kongress zu einer europäischen wurde und welche Nachwirkung er auf die Entwicklung des Judenrechtes in Deutschland genommen hat. Die hochbedeutsame wissenschaftliche Arbeit wird auch dem Nichtfachmann anregende Lektüre bieten.

— Sowohl in London als auch in New-York werden Vorbereitungen getroffen, um die Werke *Martin Bubers* in Jiddisch herauszugeben.

— Im Verlag „Naje Welt" erscheint das Buch von *Lunatscharsky* über „Sozialismus, Kunst und Proletariat."

— Im Warschauer Verlage „Naje Cajt" ist ein neues Humoreskenbuch von Abraham *Reisen* erschienen; zwei neue Werke Reisens sind im Verlag „Jiddisch" herausgekommen.

Die „J.P.Z." ist eine Privatagentur — Druck von Kopp-Tanner. Zürich